



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Stadtentwicklung,
Planung und Bau -

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 9. November 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-22-0021

Wohnraum schaffen durch Ausbau, Aufstockung und Verfahrensbeschleunigung **- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.09.2021 -** **- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.09.2021 (BP 0460) -**

Dachstuhl Ausbau und Aufstockung können wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit in Wiesbaden sein. In europäischen Großstädten wird bereits seit Jahren auf die Hebung dieser stillen Reserven gesetzt und so hochwertiger zusätzlicher Wohnraum auch in den besonders nachgefragten Innenstadtlagen geschaffen.

Die Hessische Bauordnung gibt den Gemeinden die Möglichkeit, Aufstockung und Dachstuhl Ausbau besonders zu fördern, in dem auf den Nachweis bzw. die Ablöse der zusätzlich erforderlichen Stellplätze verzichtet wird. Die Stadt Frankfurt am Main macht von dieser Option bereits seit einigen Jahren Gebrauch und senkt die Baunebenkosten (und damit auch die anschließenden Miet- und Erwerbskosten) beträchtlich.

Aus der Antwort der Hessischen Landesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag (Drucksache 20/997) geht zudem hervor, dass Wiesbaden deutlich länger als andere hessische Kommunen benötigt, um Baugenehmigungsverfahren abzuschließen. Das schreckt prospektive Bauherren ab und verzögert die Fertigstellung von Wohnbauten erheblich.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die Hebung des Wohnflächenpotential durch Dachstuhl Ausbau und Aufstockung zu forcieren und hierzu:
 - a. die Möglichkeiten des § 52 Abs. 2 Nr. 4b) HBO zu nutzen, die einen vollständigen Verzicht auf die Herstellung von Stellplätzen bei einem nachträglichen Ausbau von Dachgeschossen und Aufstockungen ermöglicht.
 - b. über eine Änderung der „Satzung über Stellplätze und Garagen für Kraftfahrzeuge sowie Abstellplätze für Fahrräder“ (Stellplatzsatzung) diesen vollständigen Verzicht festzuschreiben und eine entsprechende Sitzungsvorlage in den Geschäftsgang zu geben.
- 2) dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau geeignete Maßnahmen vorzulegen, um eine zeitnahe Absenkung der Verfahrensdauer für Baugenehmigungen zu erreichen.

Der Antrag wird an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau überwiesen.

Beschluss Nr. 0096 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau vom 09.11.2021

Der Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.09.2021 wird in folgender Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss einen Sachstandsbericht zu der im Beschluss Nr. 0035 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 06.03.2018 (18-F-21-0021) beantragten Aktualisierung der „Satzung über Stellplätze und Garagen für Kraftfahrzeuge sowie Abstellplätze für Fahrräder (Stellplatzsatzung)“ vom 14. Februar 2008 vorzulegen.
2. in die Berichtserstattung die Fragestellung, wie möglichst kurzfristig Ermäßigungen bzw. Erlasse für kleinere Aufstockungen und Dachstuhlusbauten im Zuge der Stellplatzsatzung attraktiver gemacht werden können, miteinfließen zu lassen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2021

Andes-Müller
Stellvertretende Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2021

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister